

Marburger Erklärung

Für bezahlbaren Wohnraum, eine sozialökologische Verkehrswende und eine öffentliche Gesundheitsversorgung - Reichtum besteuern

Fraktion DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Fraktion DIE LINKE. im Kreistag Marburg-Biedenkopf

Fraktion Marburger Linke in der Stadtverordnetenversammlung

Marburg, 6. Mai 2015

DIE LINKE. steht für ein gutes Leben für Alle in lebenswerten Städten und Gemeinden. Unter dem Eindruck der Urabstimmung zum Streik der Sozial- und Erziehungsarbeit solidarisieren wir uns mit den streikenden Kolleg/innen. Ihre Arbeit ist mehr wert. Um soziale Gerechtigkeit vor Ort zu entfalten, setzen wir uns u.a. für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, den Ausbau des ÖPNV und für eine öffentliche Gesundheitsversorgung ein. Diese und andere Aufgaben sind finanzierbar, wenn durch ein gerechteres Steuersystem endlich die Reichen und Großunternehmen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit zur Kassen gebeten würden. Dafür engagieren wir uns in den Parlamenten und auf der Straße.

Bezahlbarer Wohnraum für Alle

Wohnen ist elementar für ein menschenwürdiges Leben. In Marburg herrscht, wie in anderen Universitätsstädten und in den Metropolen, eine neue Wohnungsnot. Studierende, Alleinerziehende, Erwerbslose, Geringverdiener/innen u.v.a.m. haben große Probleme, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Die Mieten sind in den letzten Jahren rasant gestiegen und überfordern mittlerweile auch Normalverdiener/innen. In Hessen fehlen insgesamt mehrere hunderttausend bezahlbare Wohnungen, allein in Marburg mehrere Hundert. Der Wohnungsnot in Marburg steht Leerstand in manchen Kommunen im Landkreis gegenüber.

Die Zahl der Sozialwohnungen in Hessen hat sich seit 1991 um rund 85.000 verringert. Jährlich fallen rund 3.000 Sozialwohnungen aus der Bindung, während lediglich 600 neu gebaut werden. Allein bei der Marburger Wohnungsbaugesellschaft GeWoBau fallen bis 2020 knapp 500 Wohnungen aus der Sozialbindung. Es ist zu begrüßen, dass das Land Hessen und die Stadt Marburg den Bau von 300 neuen Sozialwohnungen durch die GWH fördern. Diese Maßnahme reicht nicht, um das Wohnungsproblem zu lösen.

Wir brauchen einen Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Die Versorgung breiter Bevölkerungskreise mit bezahlbarem Wohnraum darf nicht allein dem Markt und Privatinvestoren überlassen werden, sondern ist eine originäre öffentliche Aufgabe. Wir setzen uns für eine aktive Wohnungspolitik des Landes Hessen, der Stadt Marburg und des Landkreis Marburg-Biedenkopf.

Wir fordern:

- Förderung des Baus von jährlich mindestens 4.000 Sozialwohnungen durch das Land Hessen unter besonderer Berücksichtigung der Schaffung barrierefreier Wohnungen
- Errichtung weiterer Wohnheimplätze für Studierende, finanziert durch das Land Hessen
- Bau von 500 Sozialwohnungen durch die städtische GeWoBau
- Keine Erhöhung der Warmmieten im sozialen Wohnungsbau nach Sanierungsmaßnahmen
- Übernahme der tatsächlichen Kosten der Unterkunft (KDU) durch das Kreisjobcenter
- Dezentrale und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen

Mobilität für Alle – Für eine sozialökologische Verkehrswende

Mobilität ist wichtige Voraussetzung für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der auf fossilen Brennstoffen basierende Verkehr verursacht aber auch erhebliche Umweltbelastungen. Feinstäube, Emission von Treibhausgasen Verkehrslärm führen zu Gesundheitsschäden. Verkehr macht einen großen Teil des Energieverbrauchs aus, ohne eine Verkehrswende wird sich die Energiewende nicht umsetzen lassen.

Wir treten dafür ein, dass alle Bürger_innen eine Mobilitätsgarantie erhalten, um auch außerhalb der Ballungsräume ohne eigenes Auto mobil zu sein. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes, gut getaktetes, barrierefreies und bezahlbares ÖPNV-Angebot. Wir wollen in einem ersten Schritt Preise deutlich senken und streben perspektivisch den Nulltarif im ÖPNV an.

Der ÖPNV ist chronisch unterfinanziert. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass die Förderung erhöht wird.

Wir fordern:

- Dynamische Erhöhung der Regionalisierungsmittel durch den Bund zur Finanzierung des ÖPNV und Einsatz originärer Landesmittel für den ÖPNV
- Förderung innovativer Modellprojekte, wie Nulltarif im ÖPNV durch das Land
- Einstieg in den Nulltarif im ÖPNV mit einem integrierten Konzept für Marburg und das Kreisgebiet
- Bessere Taktzeiten, Schnellbuslinien, qualitativ und quantitativ Ausweitung des Busangebots
- Gute Arbeitsbedingungen, bessere Personalausstattung und Tarifbindung im ÖPNV
- Tempo 30 in der Stadt, Tempo 80 für PKW und Tempo 60 für LKW und auf der Stadtautobahn sowie weitere Maßnahmen gegen Verkehrslärm
- Keine weiteren Autobahnen im Landkreis Marburg-Biedenkopf

- Förderung des Radverkehrs

- Förderung integrierter Mobilitätskonzepte für einen leichten Umstieg von eigenen Fahrzeugen auf ÖPNV-Angebote (u.a. Car- und Bikesharing, Ausbau des Radwegenetzes fördern)

Gesundheit ist ein Menschenrecht: Gesundheitsversorgung in öffentlicher Verantwortung und in öffentlichem Eigentum

Für DIE LINKE gilt: Gesundheit darf keine Ware sein! Die bestmögliche Gesundheitsversorgung aller ist die Aufgabe eines jeden Gemeinwesens. Als gesellschaft haben wir die dafür notwendigen Voraussetzungen für alle zu schaffen. Gesundheit ist eine zentrale Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und Selbstbestimmung jeder und jedes Einzelnen. Gesundheit ist ein existenzielles Gut, das nicht den Spielregeln des Marktes unterworfen werden darf.

Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist Ausdruck für eine Unterwerfung der Gesundheitsversorgung unter die Profitinteressen großer Kapitalgesellschaften, mit negativen Folgen für Patient/innen und Beschäftigte.

DIE LINKE. bleibt dabei: Das Universitätsklinikum Gießen-Marburg muss in Landeseigentum zurückgeführt werden. Eine Abwälzung dieser Verantwortung auf die Städte und Landkreise lehnen wir ab. Das Land muss alle vertragsrechtlichen und politischen Optionen nutzen, um das UKGM wieder in öffentliches Eigentum zu überführen.

Ein weiteres Problem ist die Gesundheitsversorgung im Ländlichen Raum, auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf. DIE LINKE fordert eine wohnortnahe Versorgung mit Hausarztpraxen, die auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln schnell erreichbar sind.

Die Organisation von medizinischen Versorgungszentren (MVZ) durch eine private Kapitalgesellschaft lehnen wir ab und fordern stattdessen die Einrichtung solcher Zentren in öffentlicher Verantwortung.

Der ärztliche Bereitschaftsdienst muss in der Fläche wieder aufgebaut werden. Auch das DRK-Krankenhaus in Biedenkopf ist zu erhalten.

Kommunale Aufgaben finanzieren und Reichtum besteuern

Viele Städte und Gemeinden in Hessen sind finanziell ausgeblutet. Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist pleite und enorm überschuldet. Auch die Stadt Marburg, welche finanziell aufgrund hoher Gewerbesteuereinnahmen vergleichsweise besser dasteht, ist in vielen Bereichen nicht auskömmlich finanziert. Die Ursachen hierfür sind eine chronische Unterfinanzierung öffentlicher Aufgaben, Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie eine kommunalfeindliche Politik der Landesregierung. Die von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unterstützte sogenannte Schuldenbremse in der Landesverfassung wird von der Regierung in Wiesbaden zum Vorwand genommen, Städte und Gemeinden zum Sozialabbau zu zwingen. Die sogenannten Schutzschirm-Programme, unter denen u.a. der Landkreis leidet, sind nichts anderes als eine verschärfte Variante dieser Kürzungspolitik. Die

Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ist ein Nullsummenspiel zulasten der hessischen Kommunen. Besonders hart wird es die Landkreise treffen, wenn die Sonderzahlungen auslaufen.

Die Folge dieser Politik: Zunehmend werden die hessischen Bürger/innen durch Erhöhungen von Gebühren (etwa in den Bereichen: KiTa's-, Abfall- und Friedhofsgebühren) und durch Steuererhöhungen (etwa bei der Grundsteuer B) zur Kasse gebeten.

Wer aber das finanzielle Desaster der Kommunen grundlegend beseitigen will, muss vor allem die ungerechte Vermögensverteilung in Deutschland beenden, bei der der Reichtum in wenigen Händen angehäuft wird, während die Armut im Lande wächst und die öffentlichen Kassen ausgeplündert werden. Statt einer schädlichen Schuldenbremse, die in Marburg auf erhebliche Ablehnung gestoßen ist, vermeintlichen Rettungsschirmen und Kürzungsdiktaten müssen planungssichere Einnahmen für die Kommunen sowie ein Steuerrecht, das die öffentliche Daseinsvorsorge stärkt geschaffen werden. Notwendig ist etwa die Einführung einer Vermögenssteuer, deren Einnahmen direkt den Ländern und Kommunen zugutekämen.